

'Sicherheitspolitische Perspektiven für Europa und die Schweiz'

**Referat anlässlich der GV des Vereins
'Ehemaliger Bezirksschüler Zofingen'
vom 14. November 1999
im Stadtsaal Zofingen**

**Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,
Geschätzte ehemalige Bezirksschülerinnen und Bezirksschüler,
Liebe Klassenkameradinnen und Kameraden (*sofern einige hier sind*)**

Gleich zu Beginn möchte ich vor versammelter Gemeinde ein Schulbekenntnis ablegen; es wird mir danach bestimmt viel wohler sein:
Obwohl ich diesem Verein seit dem 1. Tag nach meiner Bezirksschulzeit angehöre, habe ich es in den zurückliegenden 30 Jahren leider nie geschafft, an einer dieser festlichen Generalversammlungen teilzunehmen.
Ich verspreche hier und heute, mich in diesem Punkt nachhaltig zu bessern!

Ich danke sehr herzlich für die freundliche Einladung und möchte meiner grossen Freude Ausdruck geben, hier in meiner Heimatstadt nun zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Zudem ist es eine glückliche Konstellation, dass Vater und Tochter in derselben Veranstaltung auftreten dürfen.

Erinnerungen gehen einem durch den Kopf, wie oft man selber als Bezirksschüler und Angehöriger der Kadettenmusik hier auf dieser Bühne stand.

Z.Bsp. anlässlich der offiziellen Einweihung der Autobahn A 1 mit Herrn Bundesrat Tschudi.

Aber ich bin nicht angefragt worden, um nostalgisch in der Vergangenheit zu schwelgen, sondern mit meinen Ausführungen das sicherheitspolitische Heute und Morgen zu beleuchten.

Ich werde mit dem nachfolgenden Referat die sicherheitspolitischen Perspektiven für Europa und darin eingebettet auch die (ausser-) sicherheitspolitische Bedeutung für die Schweiz darstellen.

Ich tue dies als stv. Chef des bundesrätlichen Beraterstabes für nationale und internationale Sicherheitspolitik. Innerhalb dieses Stabes leite ich die Abteilung 'Internationale Sicherheitsarchitektur'.

Sie alle, meine Damen und Herren, sind Persönlichkeiten, die sich mit den brennenden Fragen der Gegenwart und der Zukunft in der einen oder anderen Form auseinandersetzen; und dazu gehören bestimmt auch sicherheitspolitische Fragen. Sie sind daher mit der geopolitischen Situation vertraut. Ich verzichte deshalb auf eine umfassende Lagebeurteilung. Ich möchte aber einige Stichworte nennen, die für unser Thema von grösster Bedeutung sind:

- die Lagerung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln;
- die Drogenmafia als Teil des weltweit organisierten Verbrechens;
- der Terrorismus von Fundamentalisten und Extremisten aller Art;
- menschenverursachte Umweltkatastrophen;
- Bürgerkriege und Menschenrechtsverletzungen;
- damit verbundene Flüchtlingsströme;
- wirtschaftlich und demographisch bedingte Völkerwanderungen;
- Rohstoff- und vor allem Wasserknappheit;
- Medienmanipulationen durch Diktatoren und immer mehr auch durch unterschiedlichste Interessengruppen.

Wir alle wissen, dass wir leider diese Aufzählung noch beliebig fortsetzen könnten. So unterschiedlich die erwähnten Bedrohungsformen sind: einige für unser Thema wichtige Gemeinsamkeiten weisen sie auf:

- sie sind in ihren Auswirkungen ganz eindeutig grenzüberschreitend;
- sie können daher vom einzelnen Nationalstaat kaum mehr im Alleingang bekämpft werden;
- und sie müssen demnach zunehmend durch internationale Kooperationen möglichst schon vor der Landesgrenze oder gar Kontinentalgrenze erkannt und abgefangen werden können.

Sicherheit, meine Damen und Herren, Sicherheit ist nur scheinbar ein klarer Begriff. Es gibt ganz offensichtlich verschiedene Formen der Sicherheit zwischen den Staaten, zwischen Völkergemeinschaften, zwischen ethnischen und zunehmend auch zwischen religiösen Gruppierungen.

Nachdem sich Europa in diesem Jahrhundert nach dem 1. und 2. Weltkrieg nun bereits zum dritten Mal neu ordnet, hat der Umbruch in Europa am Ende des letzten Jahrzehnts wieder einmal die Hoffnung auf eine andere, sozusagen edlere Form der Sicherheit wach werden lassen. Die Stichworte lauten:

kooperative und integrative Sicherheit.

Auf diesem Hintergrund wurde die Ausarbeitung eines *‘Gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodells für Europa im 21. Jahrhundert’* der OSZE bereits am Budapester Gipfel vom Dezember 1994 ins Aufgabenheft geschrieben. Daraus ist mittlerweile ein politisch bindendes OSZE-Dokument geworden, genannt: *‘Charta für europäische Sicherheit’*.

Im Wesentlichen sind es die folgenden 6 Organisationen, welche als Hauptakteure dieser europäischen Sicherheitsarchitektur wirken:

- die NATO
- die OSZE
- die UNO
- die EU
- die WEU und
- der Europarat

Ich weise Sie auf das Zusammenwirken dieser Organisationen im Balkan hin. Die UNO allein konnte die verworrene Jugoslawienkrise nicht meistern, auch wenn die Blauhelme mit ihren humanitären Versorgungs-Konvois vor allem in Bosnien-Herzegowina Hunderttausenden von Menschen das nackte Überleben ermöglicht haben.

Persönlich gehörte ich zum ersten UNO-Diplomaten-Kontingent, das 1992 in Sarajewo inmitten der grauenhaften Kriegswirren zwischen Izetbegovic und Karadzic zu vermitteln versuchte.

Ich erwähne die spezifische Rolle der OSZE, weil unser Land in dieser Organisation Vollmitglied ist.

Die OSZE übernahm als massgebliche Trägerin der Umsetzung des *'Dayton-/Paris-Abkommens'* eine neue Rolle auf der zivilen Seite der Friedenssicherung. Noch nie hat es so viele OSZE-Feldmissionen gegeben.

Die jüngste und gleichzeitig auch grösste und wohl auch schwierigste war die *'Kosovo Verification Mission'*, welche die Umsetzung des *'Holbrooke-Abkommens'* vom Oktober 1998 zum Ziel hatte.

Dieser Mission fehlte aber von allem Anfang an ein glaubwürdiges, bewaffnetes Implementierungs-Element. Dieser Schwachpunkt im Holbrooke-Abkommen musste dann mühsam nachverhandelt werden und führte letztlich zur heutigen ‚Kosovo Force (KFOR)‘.

Alle diese OSZE-Missionen arbeiten mit Instrumenten wie:

- Präventivdiplomatie;
- Demokratie und Menschenrechtsförderung;
- Verifikationsdiensten zu Gunsten der militärischen Vertrauensbildung, der Rüstungskontrolle und der Abrüstung.

Mit dem Oberbegriff ‚Partnership for Peace (PfP)‘ / ‚Partnerschaft für den Frieden‘ entstand zudem ein neues, gesamteuropäisches Zusammenarbeitssystem mit einer Basis, die praktisch identisch ist mit derjenigen der OSZE.

In dieser angesprochenen Sicherheitsarchitektur, in diesem europäischen Gebäude, muss auch der souveräne Staat Schweiz seinen Platz bekommen und einnehmen.

Der Bundesrat hat am 30. Oktober 1996 beschlossen, die Einladung zur Teilnahme an der ‚Partnerschaft für den Frieden (PfP)‘ anzunehmen. Dieser Entscheid war ein Ausdruck des verstärkten internationalen Engagements der Schweiz im Bereich der Sicherheitspolitik.

Damit komme ich nun zurück auf die Sicherheitspolitik unseres Landes.
Die Welt - ich habe es erwähnt - wandelt sich wieder schneller als auch schon.

Unsere Sicherheitspolitik muss dieser unausweichlichen Tatsache Rechnung tragen. Und die dazugehörige Neutralitätspolitik muss es auch. Denn unsere Neutralität darf nicht zum Selbstzweck verkommen! Wir wollen an unserer Neutralität festhalten, das will ich ganz klar betonen, aber unsere Neutralität soll eine für die schweizerische Aussensicherheitspolitik positiv wirkende Maxime sein.

Der aussensicherheitspolitische Bericht des Bundesrates hat dafür die Formel

*'mehr Selbstbestimmung durch
mehr Mitbestimmung'*

geprägt.

Dies ist die bewusste Kehrseite des bekannten Sprichworts:

'les absents ont toujours tort!'

Im Rahmen der spezifischen Gegebenheiten unseres Landes versucht denn auch der Bundesrat, über die traditionellen Gebiete der humanitären Hilfe hinaus tätig zu sein. Neben der Intensivierung unserer Präventivdiplomatie, vor allem zugunsten der OSZE, weise ich Sie hin auf:

- die medizinischen Blaumützen in Namibia und der Westsahara (beendet);
- die logistischen Gelbmützen für Bosnien (verlängert ins Jahr 2000 hinein);
- die international angesehenen UNO-Militärbeobachter-Kurse in der Schweiz und unsere Militärbeobachter in verschiedenen Konfliktgebieten;
- das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, in dem wir ausländische Beamte, Diplomaten und Offiziere in rechtsstaatlichen und demokratischen Strukturen sowie den Techniken der friedlichen Konfliktlösungen und Vertrauensförderung ausbilden;

- das AC-Labor in Spiez, in dem z.Bsp. international rekrutierte Chemiewaffen-Inspektoren aus- und weitergebildet werden;
- und last but not least das Internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung in Genf.

Nebst diesen laufenden Aktionen weise ich nun nochmals auf die Initiative 'Partnerschaft für den Frieden' hin. Die Zusammenarbeitsbereiche der Schweiz können in folgende 4 Schwerpunktsbereiche gegliedert werden:

- Förderung demokratischer Strukturen in den zahlreichen Staaten, die in den zurückliegenden Jahren ihre Unabhängigkeit erlangt haben (Baltikum, Balkan, Kaukasus);
- Friedenserhaltende Operationen
- Humanitäre Minenräumung
- Know how und Technologie-Transfer in den Bereichen 'Umweltschutz' und 'Sicherheit'.

Die Schweiz will - auch im Blick auf das 50-jährige Jubiläum der Rotkreuz-Konvention - darauf hinarbeiten, dass der Bereich 'Stärkung des humanitären Völkerrechts' zu einem eigenständigen Arbeitsbereich im Rahmen der 'Partnerschaft für den Frieden' wird.

Die Zukunft unserer nationalen und internationalen Sicherheitspolitik hat mit dem neuen 'Sicherheitspolitischen Bericht 2000' des Bundesrates bereits begonnen. Dieser Bericht ist partout in einer Zeit entstanden, in der auch und gerade die Schweiz feststellen musste, dass eine aktivere Aussensicherheitspolitik sich sehr direkt und positiv auf die nationalen Interessen auswirken kann.

Nach der Behandlung in der kommenden Winter- und Frühlings-Session wird uns dieses Weissbuch sicherheitspolitisch ins nächste Jahrtausend hinein als Wegweiser begleiten. Kurz angedeutet prägen diesen Bericht folgende Leitgedanken:

- **Veränderte Welt:** In der modernen Welt verlieren Grenzen und Distanzen an Bedeutung. Immer mehr Probleme werden zu gemeinsamen Problemen. Erfolgreiche Problemlösungen sind immer mehr gemeinsame Problemlösungen.
- **Neue Gefahren:** Das Spektrum möglicher Gefahren und Risiken ist breit. Die Intensität und Vernetzung nicht-militärischer Gefahren hat zugenommen.
- **Neue Formen bewaffneter Konflikte:** Nicht-militärische Bedrohungen und Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle haben stark zugenommen und neue Formen angenommen.
- **Die Antworten darauf:** Die internationalen Sicherheitsstrukturen sind auf Friedensförderung, Krisenprävention und Konfliktlösung ausgelegt. Die Staatengemeinschaft muss diese Aufgaben vermehrt gemeinsam bewältigen.

Und damit blende ich zurück auf die eingangs erwähnten Bedrohungsformen und die Tatsache, dass diese Bedrohungen oft nur noch im internationalen Verbund angegangen und adäquate Lösungen gefunden werden können.

Diese Überlegungen haben den Bundesrat denn auch bewogen, sich an den umfassenden Bemühungen im Rahmen der jüngsten europäischen Initiative 'Stabilitäts-Pakt für Südost-Europa' zu beteiligen. Ich darf die Schweiz bei diesen Konferenzen im Themenbereich 'Internationale Sicherheitspolitik' vertreten.

Sehr geehrte Damen und Herren: Mit meinen Ausführungen habe ich Ihnen skizzenhaft die anstehenden und künftigen sicherheitspolitischen Fragen und Probleme, mit denen sich die Schweiz als Land im Herzen Europas konfrontiert sieht, erläutert.

Es ist Aufgabe und Verpflichtung aller gewählter Instanzen und ganz allgemein der Bürger dieses Landes, diese Tatsachen in ihre Überlegungen und in ihr Handeln miteinzubeziehen. Dann werden wir als moderner, aufgeschlossener Staat auch morgen dabei sein, wenn es gilt, die nationale und internationale Sicherheit zu gewährleisten.

Haben wir den Mut, immer neu die richtigen und wichtigen Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen.

Zu solchen Weichenstellungen gehört bestimmt auch das fortwährende und verantwortungsvolle Abwägen, mit welchen Unterrichts-Fächern und in welcher Form wir unsere Kinder und Jugendlichen auf die Schweiz, auf Europa und die Welt von Morgen vorbereiten.

Nebst viel Fachkompetenz ist immer wieder auch viel und ausgeprägte Sozialkompetenz gefragt.

Ohne hier eine schulpolitische Debatte führen zu wollen, möchte ich eine weitere Beobachtung einbringen. An den zahlreichen internationalen Konferenzen stelle ich immer wieder fest, dass ohne ein fundiertes Geschichtsbewusstsein, insbesondere der heiklen Regionen wie etwa:

- der Balkan,
- das Baltikum,
- der Kaukasus oder

- der Nahe und Mittlere Osten,

es nicht möglich ist, aussagekräftige Analysen der Gegenwart oder gar Zukunftsperspektiven auszuarbeiten.

Geschichtslose Menschen sind nicht selten aber auch zukunftslose Menschen.

Genau das darf aber mit unserer Jugend nicht passieren.

Damit blende ich zurück zu den Jugendlichen, die uns zu Beginn mit ihren Liedern erfreut haben. Ich muss Ihnen sagen, dass ich in den zahlreichen Kriegs- und Krisengebieten auf dieser Welt viele, zu viele Kinder

- ohne jegliche Schulbildung,
- hungernd und verzweifelt,
- auf der Flucht,
- hinter Waffen als Kindersoldaten,
- oder durch Kriege verkrüppelt oder gar umgekommen

gesehen und erlebt habe.

Es ist an uns allen, die Jugend unseres Landes für ihre bevorstehenden Aufgaben und Verpflichtungen innerhalb unserer Gesellschaft mit Rat und Tat zu unterstützen; dies ist ein wesentliches Element, um die Welt von Morgen zu gestalten.

Als 'Verein ehemaliger Bezirksschüler' wollen wir unseren Beitrag dazu leisten.

Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Bruno H. Moor